

## Etatrede zum Haushalt 2006

### Was hilft aller Sonnenaufgang, wenn wir nicht aufstehen

Georg Christoph Lichtenberg soll dies gesagt haben;  
er lebte von 1742 bis 1799

Wir haben in unserem Land die Sonnenaufgänge verschlafen – es wird uns ein gewaltiger gesellschaftspolitischer Orkan wecken, weil wir auf allen Ebenen unseres föderalen Staatensystems es nicht geschafft haben Menschen zu vermitteln, dass Geld nur ihre Hirne zerfrisst.

Es war für alle politisch Agierenden bislang doch sehr einfach gewesen die Stimmen ihres Klientels zu kaufen – das ist nun nicht mehr finanzierbar – es ist die Zeit gekommen sich wieder auf Werte zu besinnen und an Perspektiven und Visionen zu arbeiten, wie es dies derzeit das überparteiliche Bündnis „**Pro Trebur**“ tut – mindestens eine Generation, so meine Auffassung, wird dabei gewaltige Opfer bringen, stark bluten, müssen.

Mit dem Ausspruch:

Solidarität in einer Gesellschaft – das Einstehen der Starken für die Schwachen, der Gesunden für die Kranken und der Jungen für die Alten ( ich füge hinzu auch der Alten für die Jungen ) ist Voraussetzung des ökonomischen Erfolgs in den entwickelten Gesellschaften Europas

Mit diesem Ausspruch

füllt der politische Dramaturg, also Schauspieler, ganze Stadien, besonders in den Zeiten wo Entscheidungen anstehen, Macht haben zu wollen oder zu behalten – alleine was dann folgt ist nicht mehr die Tinte wert, mit dem dieser Ausspruch auf Hochglanzbroschüren auf Kosten derjenigen gedruckt wurde, die sich bereits an der Kinokasse entscheiden müssen, ob`s Geld für den Eintritt reicht oder nicht.

Unsere Gesellschaft ist materiell tief gespalten. 0,5 % der Bevölkerung verfügen über rd. 26 % des Nettovermögens in unserer Republik. Dieses Geld in privater Hand bedeutet nicht nur, dass sich gesellschaftliche Macht in den Händen weniger konzentriert, sondern das heißt auch: die öffentlichen Hände verarmen durch bewusst herbeigeführte politisch-ökonomische Prozesse so sehr, dass wesentliche Gemeinschafts- und Zukunftsaufgaben nicht mehr finanziert werden können.

Seit Jahrzehnten werden die Gewinn- und Vermögenseinkommen steuerlich entlastet – und die Lohn- und Gehaltseinkommen stärker belastet.

Noch 1960 trugen die Lohnempfänger nur 11,8 % zum gesamten Steueraufkommen bei, die veranlagte Einkommenssteuer lieferte 31,7 %. Im Jahre 2000 lag der Anteil der Lohnsteuer am gesamten Steueraufkommen bei 35,4 % - jener der veranlagten Einkommenssteuer war auf 2,7 % gesunken und das bei der Zunahme der Massenarbeitslosigkeit von 1,3 % in 1973 auf 11 % im Jahre 2003.

Die große Mehrheit der Bevölkerung wurde außerdem noch durch massive Erhöhung der Verbrauchssteuern belastet, während die Vermögenssteuer 1995 vom Bundesverfassungsgericht ausgesetzt und von der Politik seither nicht mehr eingeführt wurde.

Rechnet man noch hinzu, dass Großunternehmen durch die Globalisierung immer bessere Möglichkeiten besitzen, Steuern zu sparen, dann erklärt sich die soziale Realität in Deutschland: Während viele Städte praktisch pleite sind sowie Bund und Länder ständig sparen müssen, fließt immer mehr Geld von Großunternehmen und Vermögenden an den Kapitalmarkt.

### **Fazit:**

„Zu einem solidarischen Staat gehört, dass **alle** solidarisch und nach ihrer Leistungsfähigkeit entsprechend für die Gesellschaft aufkommen“

Ich fordere Sie auf, als Vertreterinnen und Vertreter der kommunalen Ebene, also der Ebene, die unmittelbarer Lebensraum für die Menschen ist - die Staat überhaupt ausmacht - Ihre politischen Vertreter auf Kreis-, Landes –und Bundesebene aufzufordern die Wiedereinführung der Vermögenssteuer in der gerade anlaufenden bundespolitischen Legislaturperiode zumindest zu diskutieren, statt weiterhin die ungleiche Verteilung hoher Vermögen zu ignorieren bzw. durch aktives politisches Handeln noch weiter zu fördern.

### Warum sage ich Ihnen dies alles im Rahmen der Rede zum Finanzhaushalt 2006 ?

Weil ich in Verantwortung für die kommunalen Finanzen und der kommunalen Handlungsfähigkeit Ihnen keinen anderen Ausweg vorschlagen kann, als den, dass auch diese Gemeinde an einem Punkt angelangt ist, wo sie für ihre Dienstleistung adäquate Gebühreneinnahmen erheben muss.

Ich werde Ihnen am Vorabend einer Kommunal- oder auch Bürgermeisterwahl **nicht** die Reduzierung von zum Beispiel Kindergartenbeiträgen oder auch kostenlosen Besuch der Kindergärten vorschlagen, weil ich weiß, dass ich damit die Verantwortung einfach nur auf eine Verwaltungsbehörde – die Kommunalaufsicht – verlagere und damit das verfassungsrechtliche garantierte Selbstverwaltungsrecht der Kommunen unterlaufe.

Es sind eben Verwaltungsbehörden, die dem Kreis Groß-Gerau gesagt haben in welchem Maße die Kreisumlage – also die finanzielle Belastung der kreisangehörigen Gemeinden – zu erhöhen ist, weil der Souverän, der Kreistag, sich seiner Verantwortung nicht gestellt hat.

### **Auswege**

#### **Gebührenerhöhung zum Ausgleich der Erhöhung der Kreisumlage**

Ich **muss** Ihnen daher die maßvolle Anpassung von Gebührensätzen vorschlagen, weil der Kostenblock der Kreisumlage dazu führt, dass sich das strukturelle Defizit der Gemeindekasse damit um jährlich rd. 500.000,- € erhöht hat.

Wir wissen schon jetzt, dass eine weitere Erhöhung per Dekret des Regierungspräsidiums ab dem Jahre 2007/2008 in weiterer Höhe von rd. 500.000,- € zu erwarten ist.

<b>Entwicklung Hebesatz Kreisumlage</b>
---

Kreisumlagengrundlage für das Haushaltsjahr 2006:

9.457.150,00 €

**Berechnungsformel:**

**Hebesatz x Kreisumlagengrundlage = zu zahlende Kreisumlage**

Jahre	Hebesatz in v. H.	jährlich zu zahlende Kreisumlage bei Berechnung mit Umlagengrundlage 2006 (siehe oben)	Minderausgaben im Vergleich zu 2006
1980-1983	34	3.215.431,00 €	-1.134.858,00 €
1984-1987	35	3.310.002,50 €	-1.040.286,50 €
1988-1989	36	3.404.574,00 €	-945.715,00 €
1990-1991	38	3.593.717,00 €	-756.572,00 €
1992-1993	39	3.688.288,50 €	-662.000,50 €
1994	41	3.877.431,50 €	-472.857,50 €
1995-1999	42	3.972.003,00 €	-378.286,00 €
2000	43,5	4.113.860,25 €	-236.428,75 €
2001	43	4.066.574,50 €	-283.714,50 €
2002-2004	42	3.972.003,00 €	-378.286,00 €
2005	44	4.161.146,00 €	-189.143,00 €
<b>aktuelles Jahr 2006</b>	<b>46</b>	<b>4.350.289,00 €</b>	

Nach Leitlinien zur Konsolidierung der kommunalen Haushalte und Handhabung der kommunalen Finanzaufsicht u.a. über kreisangehörige Gemeinde (Rundverfügung Nr. 23/2005) unter Punkt 9:  
**Bei 50 % wird derzeit die absolute Obergrenze für die Kreisumlage gesehen.**

Jahre	Hebesatz in v. H.	jährlich zu zahlende Kreisumlage bei Berechnung mit Umlagengrundlage 2006 (siehe oben)	Mehrkosten im Vergleich zu 2006
2007	48	4.539.432,00 €	189.143,00 €
2008	50	4.728.575,00 €	378.286,00 €

**Hinweis:**

Neben der Kreisumlage ist jährlich auch noch eine Schulumlage zu zahlen. Die

**Schulumlage beträgt 8 %** der Kreisumlagengrundlage.

In 2006 entspricht dies einem Betrag von **756.572 Euro**

## **Interkommunale Zusammenarbeit**

Oder auch alter Wein in neuen Schläuchen

Die KGST – **K**ommunale **G**emeinschafts**S**Telle für Verwaltungsvereinfachung – hat bereits 1963 das Thema diskutiert und zur Umsetzung empfohlen. Dies war dann nicht nur Lehrstoff an den Verwaltungsschulen und Verwaltungsakademien – nein, es sind auch eine Menge Zweckgemeinschaften entstanden **und**, das scheint bei allen „Öffentlichen“ die Regel zu sein, dann wenn sie funktioniert haben in die Obhut „Privater“ übertragen worden; als Beispiel nenne ich den Müllabfuhrzweckverband.

Dann kam es zum Stillstand dieser Entwicklungen – dazwischen lag eine Gebiets- und Verwaltungsreform und jetzt bei veränderten Rahmenbedingungen besinnt man sich auf das Thema wieder neu.

Das Tagesgeschäft ist weit über den derzeitigen Diskussionsstand hinaus, weil weg von den politischen Empfindlichkeiten die Verwaltungen schon Lösungen praktizieren, die freilich noch zu optimieren sind – aber zu meinen, alleine dadurch einen Haushaltsausgleich herbeiführen zu können ist jedoch Trugschluss.

### Was ist schon umgesetzt:

Austausch von Informationen  
Ausleihen von Maschinen  
Gemeinsame Vollstreckungsstelle  
Gemeinsamer Ordnungsbehördenbezirk  
Gemeinsame Schulung im Hinblick auf die Doppik  
Zweck- und Planungsverbände

### Was wird diskutiert bzw. ist in der Umsetzungsphase:

Sportentwicklungsplanung für Trebur und Nauheim seit einem Jahr in Vorbereitung, heute Abend hat der erste Workshop in der Mittelpunktschule begonnen, der am morgigen Samstag, den 05.11.2005 ganztägig fortgesetzt wird

Gemeinsames verwaltungstechnische Müllhandling ist seit einiger Zeit Thema im Abfallwirtschaftsverband und wurde am letzten Montag, den 31.10.2005 konkreter gefasst – die Parlamente werden in der neuen Legislaturperiode darüber zu entscheiden haben.

### Was war schon einmal und kommt jetzt wieder:

Mit der Aufgabenstellung „Gemeinsame EDV-technische Abwicklung von standardisierten Verwaltungsverfahren ( Lohn- und Gehaltsabrechnung, Kämmerei, Kasse, Einwohnermeldewesen, Wahlen usw. ) waren die **K**ommunalen **G**ebiets

Rechen Zentren ( KGRZ ) befasst, die nach mehrmaliger Umfirmierung nun ekom 21 heißen – was den Kommunen von dieser Idee geblieben ist, sind Pensionslasten, die sie für ehemalige Mitarbeiter der KGRZ`s zu finanzieren haben.

Die Baugenossenschaft Ried wäre in ihrer veränderten Aufgabenstellung klassischer Dienstleister für ein gemeinsames Gebäudemanagement – ein Unternehmen, das den Genossenschaftsgedanken noch in sich trägt, dem aber die Luft zum Atmen aufgrund parteipolitischer Verstrickungen genommen wurde – arbeiten wir auch dort gemeinsam am neuen Weg.

#### Was will ich damit nun sagen:

Die Entwicklungen auf der europäischen Ebene, sich verändernde Bevölkerungs- und Wachstumsstrukturen, Veränderungen in der Stadtentwicklung und damit ein Wettbewerb zwischen den Regionen, der gestiegene Aufgabenumfang im Zusammenhang mit der finanziellen Situation der Kommunen, sind die wesentlichen Entwicklungen, die uns Kommunen weiter dazu bewegen müssen, sich wieder verstärkt mit dem Thema „Interkommunale Zusammenarbeit“ aus einander zu setzen.

Dabei dürfen die kostenträchtigen Fehler der Vergangenheit sich nicht wiederholen.

Nur – die nächste Wiederholung steht gerade wieder an:

Eben noch berichtete ich Ihnen von der Zerschlagung des Müllabfuhrzweckverbandes – eine ähnliche Entwicklung deutet sich bei der Abfalldeponie Büttelborn wieder an. Mit Hausmüll ist kein Geld mehr zu verdienen. Die Öffentlichen bezahlen nun die Zeche.

Schon ist wieder ein Konzept zur Stelle, wie man den in der Zukunft profitableren Müll aus der Verbrennung deponieren könnte. Man baut einfach auf dem Erweiterungsgelände der bisherigen Deponie eine neue der Klasse I, die dann die Schlacke aus den Verbrennungsöfen aufnimmt. Diesmal mit dem Unterschied, dass in der neuen Gesellschaft als ein reiner Akt der Nächstenliebe ein Privater mit 48 % Anteilen und die Öffentlichen mit 52 % Anteilen vertreten sind – ob die Öffentlichen dann überhaupt noch öffentlich sind bleibt derzeit unausgesprochen –

### **Strategische Kommunalpolitik für die Haushaltsplanung**

Ich war zu Beginn meiner Amtszeit wirklich der Auffassung, dass es aufgrund der auch der Gemeinde Trebur bevorstehenden Finanzkrise es gelingen würde die Kommunalpolitik auf wenige strategische Hauptziele auszurichten – ein Projekt ist und bleibt die familienpolitische Ausrichtung mit „KinT“, aber auch das gemeinsam verabschiedete „Haushaltssicherungskonzept –Trebur 2005 –“,

Ein Konzept, das Argumentationshilfen im täglichen politischen Geschäft liefert, mit der Chance im Gespräch mit dem Bürger die „Schuld“ für unvermeidbare Einschnitte nicht persönlich als Vertreter im Parlament tragen zu müssen, sondern verantwortlich dem Papier zu übertragen – ich formulierte dies gelegentlich flapsig mit der „Angst der Torwarts vorm Elfmeter“.

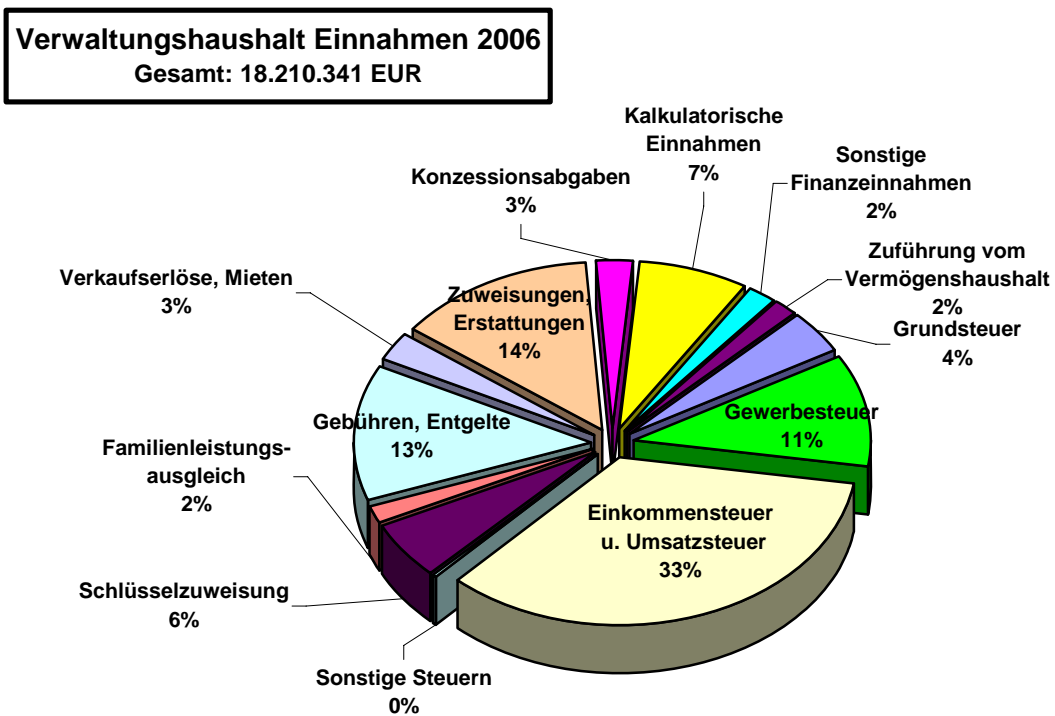
Je mehr sich diese Gemeinde nun dem 26. März 2006 ( Kommunalwahl ) nähert, desto stärker brechen die alten Traditionen wieder auf und es passiert genau das,

was ich Ihnen zu Beginn meiner Etatrede aus dem Geschäftsbericht der Bundesregierung 2004/2005 vortrug – Schade, weil das hat dieses Land, erst recht nicht unsere Gemeinde, verdient.

Ich nenne erneut die strategischen Ziele der Kommunalpolitik und bitte Sie diese sich in der Diskussion zum Finanzhaushalt 2006 in Erinnerung zu rufen:

- Erbe der Vorfahren
- Elementare Daseinsvorsorge
- Finanzielle Grundsicherung
- Wettbewerbsfähigkeit

## Nun aber zum Entwurf des Finanzhaushalts 2006



**Einnahmen**

**18.210.341 Euro**

**Ausgaben**

**27.965.308 Euro**

**Voraussichtlicher Fehlbetrag Ende 2006 = rd. 9,75 Mio Euro (kumuliert)**

**Einnahmen (18.210.341 Euro)**

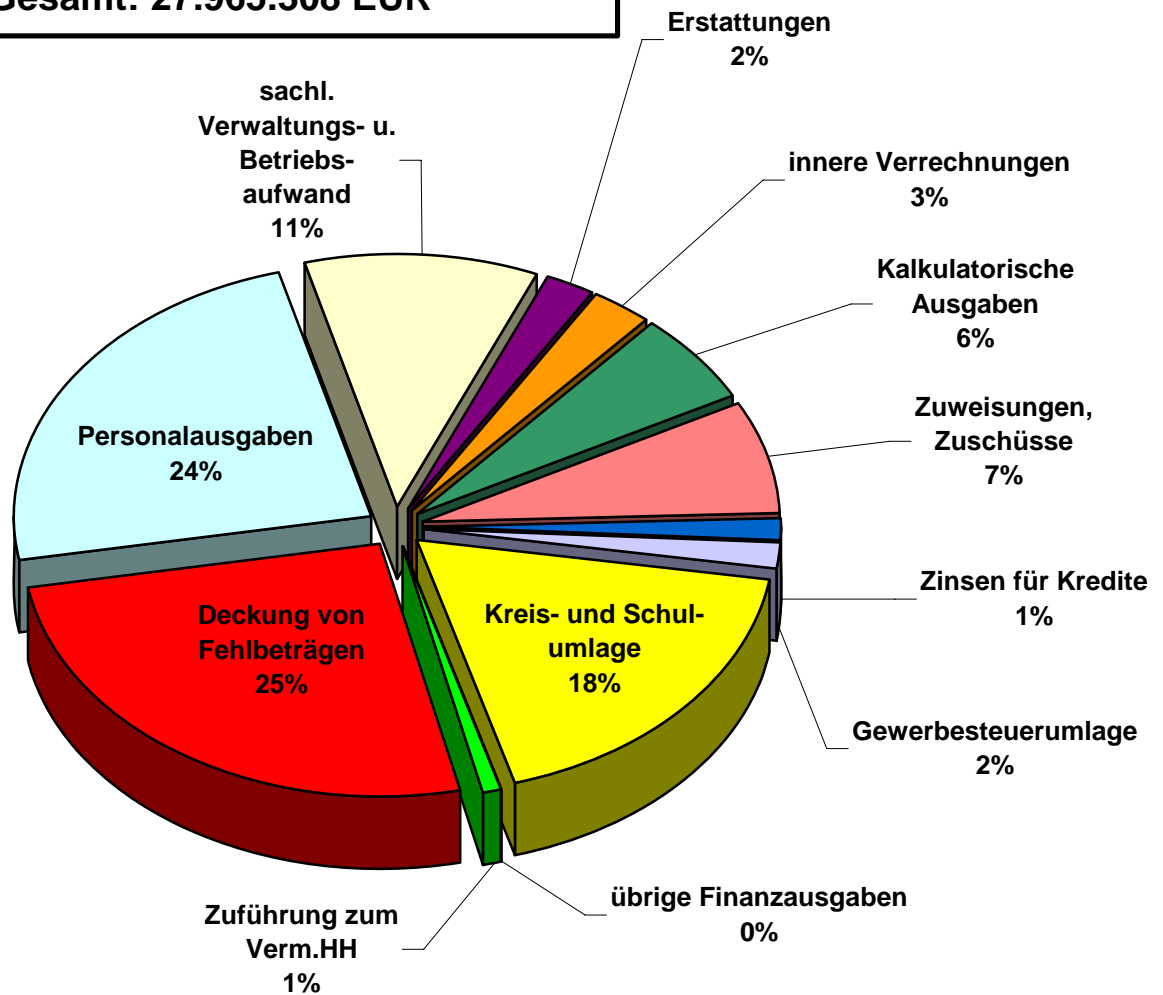
- 5,5 Mio Lohn-/Einkommensteueranteil
  - 2,2 Mio Benutzungsgebühren und ähnl. Entgelte
  - 2,0 Mio Gewerbesteuereinnahmen
  - 1,0 Mio Schlüsselzuweisung
  - 1,3 Mio Tilgung u. Verzinsung inneres Darlehen Eigenbetrieb
  - 0,7 Mio Umsatzsteueranteil
  - 0,6 Mio Grundsteuer B
- 
- 13,3 Mio Zwischensumme

in Einnahmen auch enthalten:

- 2,1 Mio Durchlaufende Posten
- 2,8 Mio Sonstige Einnahmen

# Verwaltungshaushalt Ausgaben 2006

Gesamt: 27.965.308 EUR



## Ausgaben (27.965.308 Euro)

- 6,6 Mio Personalkosten
- 5,1 Mio Kreis- und Schulumlage
- 7,2 Mio Deckung Sollfehlbetrag der Vorjahre
- 1,6 Mio Müllabfuhrgebühren
- 0,8 Mio Bewirtschaftungskosten
- 0,5 Mio Anteil Straßenentwässerung (Gemeinde-, Kreis- und Landstraßen)
- 0,45 Mio Gewerbsteuerumlage

---

- 22,25 Mio Zwischensumme

in Einnahmen auch enthalten:

- 2,1 Mio Durchlaufende Posten
- 3,55 Mio sonstige Ausgaben

## **Strukturelles Defizit steigend**

- In den letzten zwei bis drei Jahren lag das strukturelle Defizit bei 1,0 bis 1,5 Mio Euro
- Gewerbesteuerzahlungen haben sich bei rd. 2,0 Mio Euro eingependelt und auch beim Lohn-/Einkommensteueranteil ist in 2006 keine Steigerung zu erwarten
- Erhöhung Hebesatz für Kreisumlage um insges. 4 % (seit 2004) wirkt sich in 2006 mit rd. 380.000 Euro aus.
- Noch nicht berücksichtigt: eventuelle Mehrwertsteuererhöhung um 2 % (dies wären zusätzl. Kosten von rd. 110.000 Euro)

Ab dem Haushaltsjahr 2006 kann von einem dauerhaften strukturellen Defizit von rd. 2,0 Mio. Euro ausgegangen werden.

## **Verlustabdeckung Eigenbetrieb**

Die Fehleinschätzung bei der Gründung des defizitären Eigenbetriebs im Jahre 1999 holt die Gemeinde, wie damals von mir vorausgesagt, nun ein.

Im Haushaltsjahr 2006 wäre nach § 11 Abs. 6 Eigenbetriebsgesetz der Verlust des Eigenbetriebs aus dem Haushaltsjahr 2000 in Höhe von rd. 360.000,- € zu decken – das werde ich Ihnen entgegen der gesetzlichen Vorgabe nicht empfehlen, weil die Gemeinschaft des kommunalen Haushalts dann dieses Abenteuer finanzieren darf; die Verlustabdeckung ist somit im voraussichtlichen Defizit 2006 nicht enthalten. Der Eigenbetrieb hat aus eigener Kraft heraus die Verluste auszugleichen – zu dem er mittlerweile auch in der Lage ist.

## Übersicht Defizite in den Gebührenhaushalten 2006

	Ein- nahmen  - in € -	Aus- gaben  - in € -	Defizit  - in € -	Defizit  in %	Kosten- deckungs- grad HHPlan 2006 in %	zum Vergleich: Kosten- deckung HHPlan 2005 in %	zum Vergleich: Kostendeckung Rechnungs- ergebnis 2004 in %
UA 130 <b>Feuerwehren</b>	15.800	351.352	335.552	95,50%	<b>4,50%</b>	4,50%	5,54%
UA 210 <b>Schulkindbetreuung</b>	118.160	208.206	90.046	43,25%	<b>56,75%</b>	68,18%	80,36%
UA 350 <b>Musikschule</b>	68.000	103.737	35.737	34,45%	<b>65,55%</b>	61,15%	72,05%
UA 464 u. 4641 <b>Kindergärten incl. Naturkindergarten</b>	646.790	2.690.955	2.044.165	75,96%	<b>24,04%</b>	22,83%	24,53%
UA 570 <b>Freibad</b>	131.920	623.923	492.003	78,86%	<b>21,14%</b>	22,01%	24,46%
UA 750 <b>Friedhof</b>	100.890	423.617	322.727	76,18%	<b>23,82%</b>	23,39%	29,23%
UA 720 <b>Abfallbeseitigung</b>	1.491.214	1.491.214	0	0,00%	<b>100,00%</b>	100,00%	100,00%

Wie ist die Finanzierung der gemeindlichen Einrichtungen dauerhaft sicherzustellen, ohne das Trebur im Vergleich zu den anderen 426 Kommunen im Lande Hessen seine Bürgerinnen und Bürger über Gebühr belastet:

- Hebesätze nach wie vor unter Kreis- und Landesdurchschnitt

**Auszug aus den „Leitlinien zur Konsolidierung der kommunalen Haushalte“:**

**14. Steuerhebesätze: ...Bei anhaltend defizitärem Haushalt müssen die Hebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer bezogen auf die Gemeindegrößenklasse deutlich über dem Landesdurchschnitt liegen...**

- Anpassung fordert der Landrat als Kommunalaufsicht
- Anpassung fordert der Hessische Rechnungshof

Kreisdurchschnitt:    Landesdurchschnitt                    Trebur

Grundsteuer A	= 335,36 %	= 263 %	= 250 %
Grundsteuer B	= 268,93 %	= 257 %	= 220 %
Gewerbesteuer	= 369,29 %	= 336 %	= 310 %

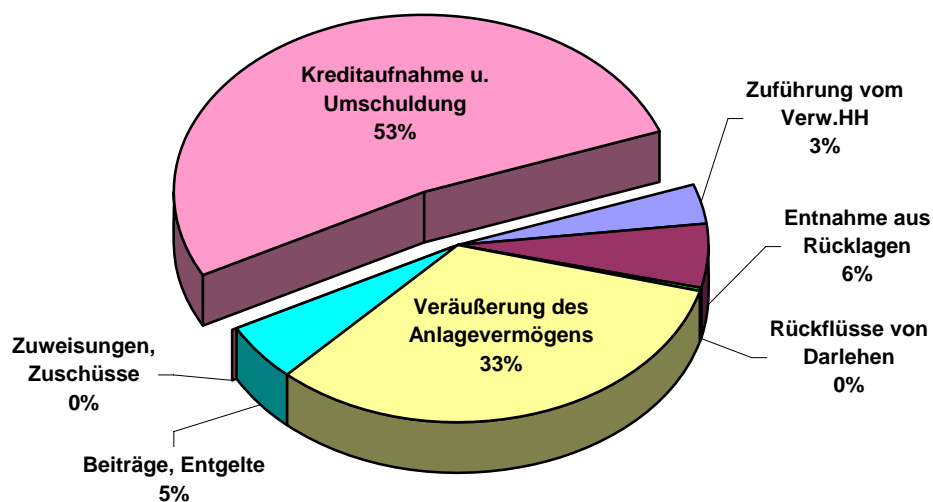
**Mehreinnahmen**

bei Anpassung an **Landesdurchschnitt**  
bei Anpassung an **Kreisdurchschnitt**

rd. 270.000,- Euro  
rd. 525.000,- Euro

## Vermögenshaushalt Einnahmen 2006

Gesamt: 5.066.846 EUR

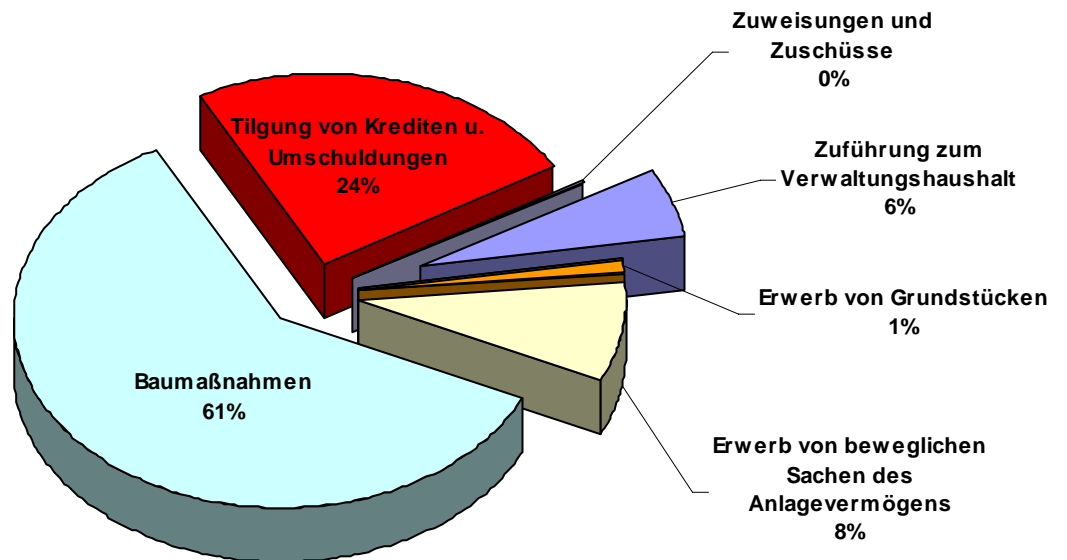


Vermögenshaushalt ist mit einer Kreditaufnahme von rd. 1,8 Mio Euro in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen

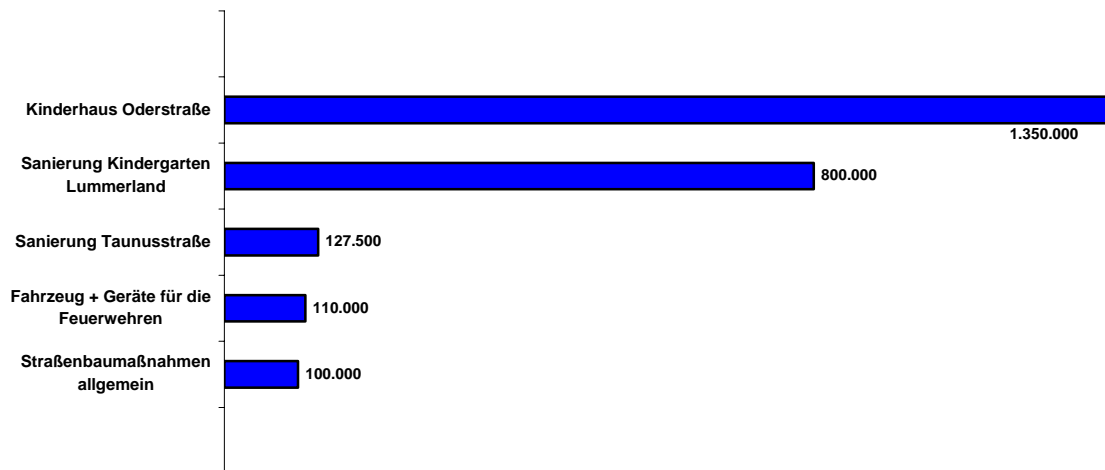
### Einnahmen (5.066.846 Euro)

- 1,6 Mio Grundstücksverkäufe
- 0,3 Mio Erschließungsbeiträge
- 1,8 Mio Darlehen Kreditmarkt (entspricht rd. 36 %)
- 0,8 Mio Umschuldung
- 0,5 Mio sonstige Einnahmen

**Vermögenshaushalt Ausgaben 2006**  
**Gesamt: 5.066.846 EUR**



**Die großen Maßnahmen 2006**

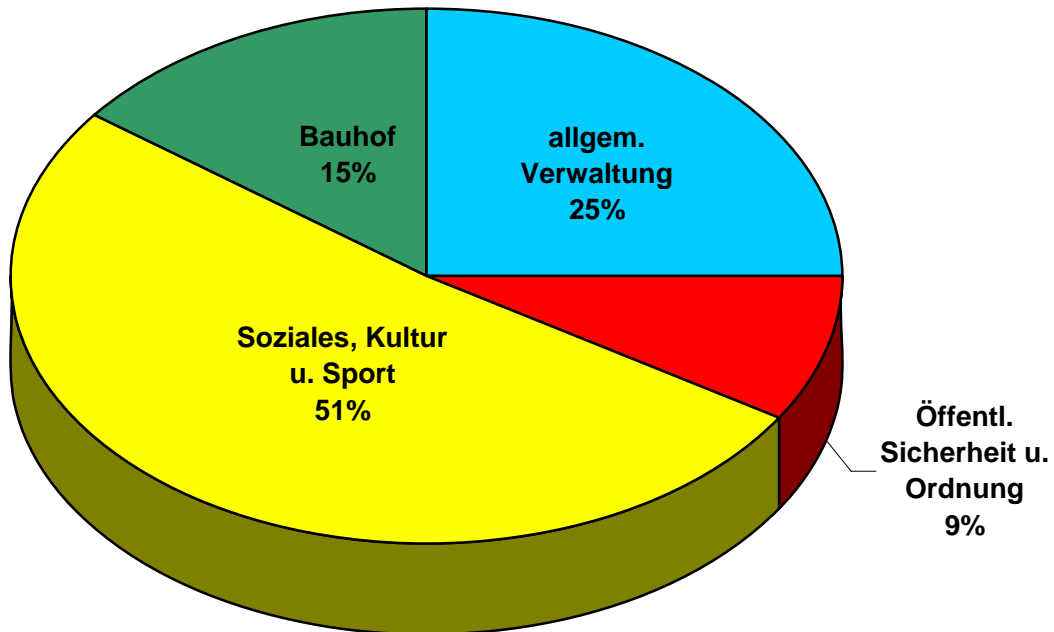


**Ausgaben (5.066.846 Euro)**

- 1,35 Mio Kinderhaus Oderstraße
- 0,8 Mio Sanierung Kindergarten Lummerland
- 0,3 Mio für Bereich Feuerwehren
- 0,4 Mio für Bereich Gemeindestraßen (Sanierung Taunusstr. und Gehwegsanierung Fr.-Ebert-Straße)
- 0,8 Mio Umschuldung

# Aufteilung Personalkosten 2006

- nach Kostenstellen -

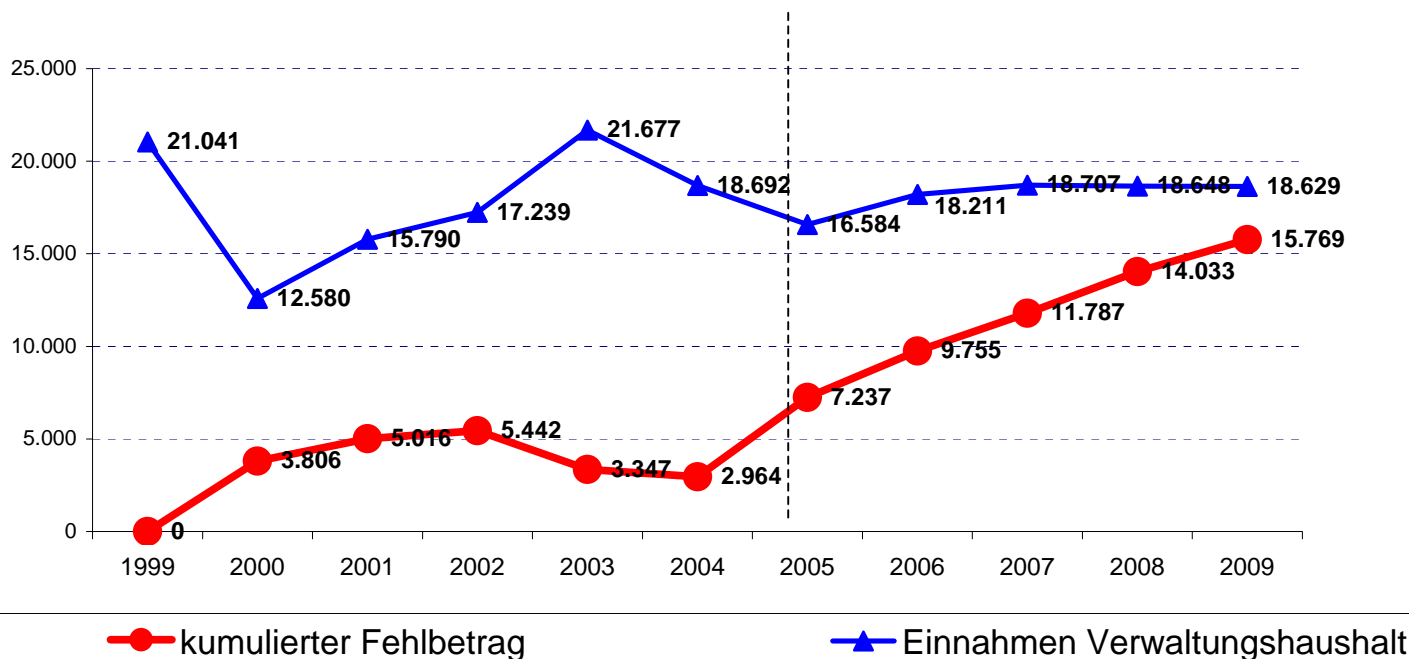


- + 1,0 Stellen bei den geringfügig Beschäftigten für Umsetzung unbefristete Beschäftigung der Reinigungskräfte in den Kitas Lummerland und Kunterbunt, was sich in 2005 bewährt hat – Umsetzung kostenneutral (Personal- zu Sachkosten)
- Ansonsten sieht der Stellenplan gegenüber dem Vorjahr keine Erweiterung vor.
- Verschiebungen von einzelnen Stellen bzw. Teilstellen ergeben sich durch interne Umsetzungen bzw. Beschlüsse der gemeindlichen Gremien
- Im Stellenplan bleiben mit Sperrvermerk 5 Stellen unbesetzt

## Entwicklung / Abbau der Fehlbeträge

	HH- Jahr	Fehlbetrag	Abbau Fehlbeträge	Entwicklung Fehlbeträge
Altlasten	2000	3.806.893	-843.018	2.963.875
Altlasten	2001	1.210.515	-1.210.515	0
<b>Summe Altlasten</b>		<b>5.017.408</b>		<b>2.963.875</b>
Rechnungsergebnis	2002	424.788	-424.788	0
Rechnungsergebnis	2003	-2.095.260	2.095.260	0
Rechnungsergebnis	2004	-383.061	383.061	0
Planung	2005	4.272.669	0	4.272.669
Planung	2006	2.518.423	0	2.518.423
<b>Summe Fehlbeträge 2002-2006</b>		<b>4.737.559</b>		<b>6.791.092</b>
<b>zzgl. Altlasten</b>		<b>5.017.408</b>		<b>2.963.875</b>
<b>Gesamt:</b>		<b>9.754.967</b>		<b>9.754.967</b>

## Voraussichtliche Entwicklung Fehlbeträge und Einnahmen im Verwaltungshaushalt 1999 - 2009



Nach den Prognosen im Finanzplan wird sich die Situation im Verwaltungshaushalt auch in den nächsten Jahren weiter defizitär gestalten. Eine deutliche Verbesserung der Einnahmesituation wird nicht erwartet.

Die Sanierung des Haushalts sollte auf keinen Fall durch all zu optimistische Ansätze bei der Gewerbesteuer erfolgen. Aus diesem Grund sind die Gewerbesteuereinnahmen in der Finanzplanung bis 2009 ganz bewusst unverändert mit 2,0 Mio Euro kalkuliert.

Das strukturelle Defizit von 1,5 bis 2,0 Mio Euro im Jahr zieht sich durch die gesamte mittelfristige Finanzplanung. Ein Gegensteuern ist nach wie vor gefordert. Gegensteuern heißt, sich auf die Pflichtaufgaben konzentrieren, bereits Geschaffenes erhalten und auf zusätzliche freiwillige Aufgaben verzichten. Die Gemeinde sollte ihr Augenmerk auf die Ausgabeseite des Verwaltungshaushaltes richten, um so sparsam und wirtschaftlich wie möglich die Aufgabenerfüllung zu sichern **aber auch** auf die Einnahmeseite, wo kostendeckende Gebühren für die Leistung legitime Finanzierungsposten sind.

## **Trebur im Vergleich**

Den Fraktionsvorsitzenden überlasse ich den vollständigen Bericht der WIBERA AG, Wirtschaftsberatung AG - „89. Vergleichende Prüfung „Vollprüfung 2003“ nach dem Gesetz zur Regelung der überörtlichen Prüfung kommunaler Körperschaften in Hessen ( ÜPKKG ) im Auftrag des Präsidenten des Hessischen Rechnungshofs – Schlussbericht mit Stand: Januar 2005, Eingang 31.05.2005.

Aus diesem geht übrigens hervor, dass es sich in Trebur am Günstigsten lebt was die öffentlichen Abgaben betrifft.

Die Berechnung geht von einer Modellfamilie aus, die aus zwei Erwachsenen und zwei Kindern, davon eines im Kindergartenalter, besteht, und die ein Haus besitzt.

Bei der Gelegenheit erinnern Sie sich bitte an die öffentliche Hatz aus dem Frühjahr diesen Jahres, wo Trebur als die teuerste Gemeinde bei den Müllabfuhrgebühren „vorgeführt“ werden sollte.

Diese seriöse Untersuchung, die uns heute vorliegt widerlegt die unseriöse des Instituts, das meinte, dass es ausreiche, wenn man nur einige Kommunen in Hessen untersuche, um zu solch einer Falschaussage zu kommen.

Dieses Beispiel zeigt, dass nicht Gutachter, sondern Sie, in der Verantwortung als Vertreter dieser Gemeinde für diese Gemeinde entscheiden.

Dem Gesamtparlament überlasse ich daher Auszüge aus dem WIBERA-Bericht

A. Zusammenfassung der Prüfungsergebnisse  
Seiten 9 bis 12

B. Auftrag und Prüfungsverkauf  
Seiten 13 bis 17

K. Einschätzung der Zukunftsfähigkeit  
Seiten 88 bis 91

L. Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung  
Seiten 92 bis 94

M. Zusammenfassendes Bewertungsprofil  
Seiten 95 bis 96

Anlage 2  
Grundlagedaten für Trebur  
Seiten 1 bis 11

Ich überlasse Ihnen allen weiter:

Auszüge aus dem fünfzehnten zusammenfassenden Bericht 2005 des Präsidenten des Hessischen Rechnungshofs, Eingang 21.10. 2005 – Deckblatt und die Seiten 56 bis 70

Damit der ein oder andere im Blick auf die Kommunalwahl 2006 nicht übermütig wird, zum Abschluss meiner Etatrede einige Auszüge aus den Berichten des Rechnungshofes aus August 1995, auf Grundlage der Untersuchung der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Arthur Andersen sowie dem jetzigen Bericht auf Grundlage der Untersuchungen der WIBERA.

Sie werden erkennen, dass sich die Aussagen gleichen, somit seit 1995 nicht notwendig gegengesteuert wurde, diese Last nun ausschließlich dieses Parlament bzw. das künftige zu tragen hat.

Sie werden nun wieder erkennen müssen, dass es in früheren Auseinandersetzungen auf der Ebene vor Ort Aussagen gab, die ich nicht mehr kommentieren möchte, eigentlich auch nicht mehr kommentieren müsste, wenn sich aus der öffentlichen Debatte nicht die Notwendigkeit ergibt – mir ist nach wie vor daran gelegen „**Gemeinsam**“ mit Ihnen unser Hauptproblem zu lösen.

## **Demographische Entwicklung**

### **Arthur Andersen im August 1995**

Demographisch zeichnet sich die Gemeinde durch einen stabilen Bevölkerungszuwachs mit **nicht** zurückgehenden Kinderzahlen aus.

### **WIBERA im August 2005**

Die Gemeinde Trebur zeichnete sich innerhalb des Vergleichsrings durch ein überdurchschnittliches Bevölkerungswachstum aus

## **Infrastruktur**

### **Arthur Andersen im August 1995**

Freiwillige Aufgaben werden in überdurchschnittlichem Maße wahrgenommen  
Die Ausstattung im Bereich der Sportplätze und –hallen in quantitativer wie auch in qualitativer Hinsicht ist als außergewöhnlich hoch anzusehen.

Die Personalausgaben pro Einwohner sind von 1991 nach 1994 überproportional angestiegen. Diese Entwicklung der Personalausgaben halten wir für bedenklich.

### **WIBERA im August 2005**

Die Vorhaltung einer Reihe von gleichartigen Einrichtungen wie Sportanlagen, Bürgerhäusern, Büchereien, Feuerwehren, Friedhöfen ist mit entsprechend hohen Personal-, Sach- und kalkulatorischen Kosten verbunden

Grundsätzlich ist zu berücksichtigen, dass die Personalausgaben in direktem Zusammenhang zu Anzahl und Art der von der Kommune unterhaltenen Einrichtungen stehen.

## **Angemessene Entgelte für Leistung**

### **Arthur Andersen im August 1995**

Im Bereich der kommunalen Einrichtungen verfügt die Gemeinde Trebur in den Gebührenhaushalten über ein nicht ausgeschöpftes Einnahmepotential. Im Jahresmittel 1991 bis 1995 ergab sich ein jährliches Einnahmepotential von DM 3,8 Mio., dessen Barwert ca DM 58,7 Mio. beträgt.

Im Vergleich zu anderen Kommunen im Landkreis Groß-Gerau erhebt die Gemeinde relativ niedrige Steuern. Dies deutet für uns auf ein nicht ausgeschöpftes Einnahmepotential hin.

### **WIBERA im August 2005**

Bedeutsam für die Finanzlage sind ferner die Entgelte für die Nutzung der gemeindlichen Einrichtungen. Die Festsetzung von Entgelten zur Deckung der Kosten steht unter dem Gebot der Verhältnismäßigkeit, d.h. erhobenes Entgelt und Inanspruchnahme von öffentlichen Einrichtungen oder von der Verwaltung erbrachten Leistungen in Form von Verwaltungstätigkeit müssen in einem angemessenem Verhältnis zueinander stehen ( Äquivalenzprinzip ).

Somit müssen die Kosten, die der Kommune entstehen, und der Vorteil, der dem Benutzer geboten wird, einander ausgewogen entsprechen. Erhobenes Entgelt und Leistung der Kommune dürfen in keinem Missverhältnis zueinander stehen.

.....Insbesondere wären die freiwilligen Leistungen und die Angemessenheit der Gebühren und besonderen Entgelte für die von der Gemeinde erbrachten Leistungen zu überprüfen

## **Gewerbsteuer**

### **Arthur Andersen im August 1995**

Aufgrund der Abhängigkeit der Gewerbesteuereinnahmen von einem Gewerbesteuerzahler und dem Ausgabeverhalten in der jüngeren Vergangenheit ist die Tendaussage für Trebur eher negativ.

Monokausale Gewerbesteuereinnahmen führt zu potentiellen Risiko für die Gemeinde Trebur.

### **WIBERA im August 2005**

Aufgrund der monostrukturellen Situation in Form der Abhängigkeit im Wesentlichen von einem Gewerbesteuerzahler gingen die Einnahmen aus der Gewerbesteuer zwischen 1998 und 2002 um 6,6 Mio. € zurück. Aus dem gemeindlichen Haushalt heraus konnten die Einnahmeausfälle nicht aufgefangen werden.

## **Gewerbeansiedlungspolitik**

### **Arthur Andersen im August 1995**

Eine gezielte Gewerbeansiedlungspolitik wurde nicht betrieben. Derzeit bestehen keine wesentlichen freien Flächen in der Gemarkungsfläche. Für die Ansiedlung von Unternehmen bestehen insoweit kaum Entwicklungsmöglichkeiten.

### **WIBERA im August 2005**

Insgesamt sind in der Gemeinde Trebur 935 Gewerbebetriebe gemeldet. In den Ortsteilen Trebur, Geinsheim und Astheim sind rd. 26,5 ha Gewerbeflächen ausgewiesen, so dass die Voraussetzungen für weitere Industrie- und Gewerbeansiedlungen vorhanden sind.

## **Finanzielle Zukunftsfähigkeit von Trebur**

### **Arthur Andersen im August 1995**

Die Aufwendungen für die geplanten bzw. bereits im Bau befindlichen Projekte und die damit einhergehenden Folgekosten, wird die Gemeinde unserer Einschätzung nach nur unter der Voraussetzung der Stabilität der Gewerbesteuererinnahmen leisten können.

Die Entwicklung in der mittelfristigen Finanzplanung ist als bedenklich einzustufen.

Die Unterdeckung im Bereich der Kindergärten weist eine zunehmende Tendenz auf. In den vergangenen Jahren erhöhte Investitionstätigkeit könnte dazu führen, dass die Gemeinde ihre Vorrangstellung langfristig verliert.

### **WIBERA im August 2005**

In den Berichtsjahren 1998 und 1999 konnte somit die erste Warngrenze zur finanziellen Leistungsfähigkeit, freie Spitze unter 8 %, überwunden werden. Im verbleibenden Berichtszeitraum wurde die zweite Warngrenze, Verlust der freien Spitze, erreicht.....Diese Tendenz ist steigend, so dass mit einer weiteren Verschlechterung der Haushaltslage in den kommenden Haushaltsjahren bereits heute zu rechnen ist.

Da die Pflichtzuführung nicht mehr aus dem laufenden Verwaltungshaushalt heraus erwirtschaftet werden konnte, fand seit 2000 ein Substanzverzehr statt, der sich in den Jahren der Finanzplanung weiter fortsetzen wird.

Die Finanzlage der Gemeinde Trebur war im Berichtszeitraum seit 2000 äußerst angespannt.....Allein die Deckung der Fehlbeträge aus Vorjahren und die zu erwartenden neuen Fehlbedarfe werden höchste Anforderungen an die gemeindliche Haushaltswirtschaft stellen.....Diese Entwicklung macht

deutlich, dass zur Wiedererlangung einer langfristig geordneten Haushaltswirtschaft ein stringentes und tabuloses Haushaltskonsolidierungsprogramm umgesetzt werden sollte.

### **Grundaussage WIBERA:**

Monetär zu beziffernde Sparpotenziale und Rückstände waren nicht feststellbar;

d.h. wir müssen endlich an die Strukturen, wie bereits im Haushaltssicherungskonzept nachzulesen ist

**Lassen Sie uns den Weg weiterhin gemeinsam gehen.**

**Immer nach dem Motto:**

**Stück für Stück...miteinander schaffen wir`s !!**

Ich wünsche uns allen für die bevorstehenden Haushaltsplanberatungen einen angenehmen Verlauf mit den richtigen Entscheidungen für unsere Gemeinde.

**Der Haushalt 2006 ist hiermit eingebracht.**

Quellen:

Geschäftsbericht der Bundesregierung 2004/2005

Fünftehnter zusammenfassender Bericht des Hess. Rechnungshofs – Oktober 2005

89. vergleichende Prüfung „Vollprüfung“ 2003, Hess. Rechnungshof, WIBERA, Wirtschaftsberatung AG – Stand: Januar 2005

Leitlinie zur Konsolidierung der kommunalen Haushalte und Handhabung der kommunalen Finanzaufsicht über Landkreise, kreisfreie Städte und kreisangehörigen Gemeinden – August 2005

Statistik KIV Hessen – September 2005

Pressedienst Freie Wähler Hessen e.V. – Oktober 2005

Bericht KGST Nr. 4/2005 – strategische Kommunalpolitik für die Haushaltsplanung der Stadt Leipzig

Bericht KGST Nr. 5/2005 – Stadt Böblingen und Stadt Sindelfingen auf dem Weg zu einer intensiveren interkommunalen Zusammenarbeit

Publik-Forum Dossier – Teilen macht reich – Mai 2003

Perspektive – Ausgaben Nr. 1 / 2002 – Soziale Sicherheit und Nr. 3 / 2003 Reichtum – Armut, Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung, Mainz

Finanzzahlen der Gemeinde Trebur der Vorjahre, der Gegenwart, der Zukunft